

September 2023

Die Legislaturbilanz der SGR

Qualität fördern – statt Menge und Kosten regulieren

Das Gesundheitswesen ist seit Jahren im Umbruch, die Politik vermag dem jedoch nicht zu folgen. Stattdessen versucht sie, untaugliche Regulierungen und Einschränkungen zu installieren. Mit dieser Herbstsession geht eine Legislatur zu Ende, in welcher zwar zahlreiche gesundheitspolitische Dossiers gewälzt wurden – die meisten behindern jedoch die Entwicklung moderner, innovativer Versorgung, statt dass sie sie fördern: Wenige Entscheide berücksichtigen zudem die medizinische Bedeutung der spezialärztlichen Tätigkeit. Damit der Interessenabgleich möglichst gut funktioniert, hat die Schweizerische Gesellschaft für Radiologie (SGR) ihre politische Arbeit intensiviert und plant diese in der kommenden Legislaturperiode weiter auszubauen. Die Perspektive der Fachärztinnen und Fachärzte und deren berufspolitischen Bedürfnisse sind von zentraler Bedeutung. Denn es ist Sache von Ärztinnen und Ärzte zu beurteilen, welche medizinischen Massnahmen notwendig und qualitativ hochwertig sind.

Die Schweizerische Gesellschaft für Radiologie (SGR) ist der Fachverband der über 1'000 Radiologinnen und Radiologen, die sich mit radiologischen bildgebenden Verfahren und bildgesteuerten minimal invasiven Eingriffen beschäftigen. Die Mitglieder sind hochspezialisierte Fachärztinnen und -ärzte, die eigenständig Patientinnen und Patienten behandeln und Ärztinnen und Ärzte anderer Fachrichtung in der Diagnosestellung und Behandlung unterstützen.

Wir betonen drei zentrale Punkte:

- Radiologie ist zentraler, unentbehrlicher Teil der Grundversorgung. Sie erleichtert die zielgerichtete und damit kostengünstige Versorgung der Patienten.
- Eine Zunahme radiologischer Untersuchungen ist Ausdruck der Innovation und patientenschonenden und raschen Behandlung. Radiologen weisen sich selbst keine Patienten zu.
- Interventionelle Radiologie bietet viel ambulante Lösungen, welche grosse und aufwändige Operationen mit stationärem Aufenthalt und höheren Kosten unnötig machen.

Qualität fördern statt Mengen und Kosten beschneiden

Die SGR beobachtet die laufenden Entwicklungen in der Gesundheitspolitik. Viele der Regulierungsvorhaben, die in den letzten Jahren aufgelegt wurden, zielen an den Entwicklungen im Gesundheitswesen vorbei. Sie ignorieren, dass bestehende Bestimmungen schlecht umgesetzt werden. Geplante neue Regulierungen werden die Gesundheitsversorgung nicht verbessern – im Gegenteil. Ärztinnen und Ärzte aller Disziplinen sind gefordert, klare politische Positionen zu beziehen und im Austausch mit der Politik zu verhindern, dass unnötige Regulierungen die Innovation behindern. Statt auf die Qualität und die medizinische Notwendigkeit von Leistungen zu zielen, versucht die Politik vor allem, Mengen und Kosten zu beschränken. Das ist der falsche Weg.

Unser Ziel ist ein nachhaltig finanziertes Gesundheitssystem, das allen Einwohnerinnen und Einwohnern der Schweiz einfachen Zugang zu hochwertiger und medizinisch notwendiger Versorgung bietet. Das neue Parlament muss künftig die Ärzteschaft, und dabei die Spezialärzteschaft mit Grundversorgerrolle, stärker und besser miteinbeziehen. Die SGR engagiert sich mit klaren Stellungnahmen für eine liberale Gesundheitspolitik, welche Patientinnen und Patienten und den Leistungsversorgern gleichsam dient. Denn in den letzten vier Jahren wurden vom Parlament zwar viele Entscheide gefällt, dabei aber kaum welche, die dem Gesundheitswesen insgesamt und den Patientinnen und Patienten tatsächlich helfen. Die SGR warnt vor Regulierungsmassnahmen, welche die Qualität der Versorgung gefährden. Das Parlament muss eine nachhaltige und glaubwürdige Gesundheitspolitik machen. In der zu Ende

gehenden Legislatur liess es sich stattdessen auf die Beratung von zwei Sparprogrammen ein, die mittels Mengen- und Kostensteuerung versuchen, die Finanzierung des Gesundheitswesens sicherzustellen. Doch hat beim Kostendämpfungspaket II die Regierung bisher darauf verzichtet, eine Regulierungsfolgenabschätzung vorzulegen, welche die Effekte des Sparpaketes in allen Bereichen transparent gemacht hätte. Wir betonen deshalb weiterhin: Die allenfalls kostendämpfende Wirkung des Paketes ist nicht ausgewiesen – richtigerweise ist das Parlament auch deshalb sehr zurückhaltend, solche Massnahmen im Krankenversicherungsgesetz (KVG) zu verankern.

Viel Aufwand fürs Verhindern - kein Nutzen für die Patienten

Von den beiden Sparprogrammen bleibt entsprechend wenig übrig. Von den ursprünglich anvisierten acht Massnahmen im zweiten Paket werden derzeit noch vier im Parlament beraten: Vertrauliche Preismodelle um den Zugang zu hochpreisigen Medikamenten sicherzustellen, elektronische Rechnungsübermittlung, Einführung von Leistungen die Apothekerinnen und Apotheker ebenfalls zugunsten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) abrechnen können sowie Referenztarife für Spitalaufenthalte ausserhalb des Kantons. Das sind allesamt keine Massnahmen die unser Gesundheitssystem nachhaltig verbessern oder den Patientinnen und Patienten nutzen würden.

Mit viel Aufwand und Engagement haben Leistungserbringer zudem gemeinsam verhindert, dass sinnlos Regulierung erlassen wurde: Massnahmen wie etwa die Einführung einer Erstberatungsstelle oder die staatliche Verpflichtung für Leistungserbringer, sich in Netzwerken zur koordinierten Versorgung zu organisieren, wurden richtigerweise frühzeitig gestoppt.

In die Behandlung dieser Pakete fliessen nach wie vor viele Ressourcen und viele öffentliche Mittel – während dem die Umsetzung der einheitlichen Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen (EFAS) – deren kostendämpfende Wirkung tatsächlich ausgewiesen ist – im Parlament noch immer pendent ist. Neue, innovative Ideen oder «weniger Regulierung ist mehr» verdrängt die Gesundheitspolitik gerne zu Gunsten interventionistischer Verschärfungen des KVG. Damit wird viel Aufwand betrieben - und keine Kosten gedämpft.

Die Radiologie-Pauschale liegt längst vor

Die SGR hat bereits vor Jahren als eine der Vorreiter-Fachgesellschaften Tarifpauschalen entwickelt, die von den anderen Tarifpartnern positiv bewertet wurden. Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) hat sich jedoch mit formalistischen Argumenten gegen die Einführung dieser Pauschalen gewehrt. Mittlerweile hat das Parlament die Pflicht eingeführt, dass Pauschalen – wo sinnvoll – den Einzelleistungstarif ersetzen sollen. Das Ergebnis der entsprechenden Projektarbeit der solutions tarifaires suisses AG (STS) ist allerdings ernüchternd, denn diese Pauschalen sind nicht praxistauglich. Gerne stellt die SGR ihre Vorarbeiten zur Verfügung. Schlanke und zahlenmässig beschränkte Pauschalen sind für Radiologie-Anwendungen sinnvoll.

... und der Zulassungsstopp erweist sich als grosser Fehlschluss

Auch die Umsetzung des national beschlossenen Zulassungsstopps für Ärztinnen und Ärzte ist nicht zielführend. Wir betonen: Die einfache, zahlenmässige Beschränkung der Anzahl zur Praxis zugelassenen Ärztinnen und Ärzte führt nicht automatisch zu weniger Konsultationen. Denn die spezifischen medizinischen Probleme werden nicht weniger. Der Grossteil der bildgebenden Untersuchungen ist sinnvoll und sachdienlich, denn sie verhindern in vielen Fällen weitere unnötige Konsultationen und sie legen die Basis für die zielführende weitere Behandlung. Der Zugang zur Diagnostik und minimal-invasiver Therapie muss deshalb ohne Verzögerungen gewährleistet bleiben.

Fazit

Wenn versucht wird, die Kosten in einem stets wachsenden Gesundheitsmarkt zu dämpfen, dann müssen entsprechende Massnahmen den Wettbewerb im Markt stärken – statt ihn mit Verstaatlichung auszubremsen. Positive Wirkung wird mit strikter Qualitätsförderung und einem transparenten Tarifsystem erreicht. Beides zwingt zu mehr Wirtschaftlichkeit und es verbessert die Versorgung. Die SGR engagiert sich für beste Qualität und setzt sich für Innovationen und gesetzliche Rahmenbedingungen ein, die gleichzeitig den Beruf der Radiologinnen und Radiologen attraktiv halten. Dazu gehören unter anderem die Eliminierung von Fehlanreizen, ein Abbau und nicht Ausbau von Bürokratie, die Etablierung von effizienten politischen Strukturen, gezielte Förderung digitaler Prozesse, sowie Investitionen in die Aus- und Weiterbildung von hochspezialisiertem Gesundheitspersonal. Hochspezialisierte medizinische Fachrichtungen wie die Radiologie müssen von der Politik besser gehört werden. Fehlende Information führt zu Missverständnissen und Fehlregulierungen in der Gesundheitspolitik. Wir verstärken aus diesen Gründen unser politisches Engagement auch in der kommenden Legislatur. Dazu arbeitet die SGR derzeit ein Legislaturprogramm für die Jahre 2024 – 2027 aus.

Kontakt für Medienanfragen

Prof. Dr. med. Florian Buck
Vorstandsmitglied SGR-SSR
fmbuck@mri-roentgen.ch